

Statement des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde Altenahr, Dominik Gieler, anlässlich der Pressekonferenz am 17. September 2025 in Mayschoß wegen der Situation offener ISB-Fluthilfesanträge

"Zunächst danke ich Thorsten Rech, Anneliese Baltens und allen Helfenden, die sich seit der Flutkatastrophe vom 14. Juli 2021 unermüdlich für die Betroffenen engagieren.

Es ist richtig und wichtig, dass man nach fast vier Jahren heute zusammengekommen ist, um über die nach wie vor ungelösten Probleme bei den Wiederaufbauhilfen zu sprechen. Gerne wäre ich der Einladung zum heutigen Abend gefolgt, mein Terminkalender ließ das jedoch nicht zu.

Vier Jahre nach der Flut sind viele Menschen in unserer Verbandsgemeinde immer noch nicht am Ende ihres Leidensweges angekommen. Trotz der veröffentlichten offiziellen Zahlen, die von 96 Prozent bewilligter Anträge sprechen, warten noch immer Betroffene – meine persönlichen Kontakte bestätigen dies immer wieder – auf die Bewilligung oder die Auszahlung dringend benötigter Gelder.

Als Bürgermeister der Verbandsgemeinde Altenahr habe ich mich mit mir bekannt gewordenen Einzelfällen immer wieder im Rahmen meiner regelmäßigen Besprechungstermine direkt an die zuständigen Ministerien – das Innenministerium für den Wiederaufbau oder das Finanzministerium für die Fluthilfegelder – sowie die ISB gewandt. Ich habe wiederholt auf die ausbleibende Kommunikation, die komplizierten Prüfschritte und die daraus resultierenden Verzögerungen hingewiesen.

Leider muss ich rückblickend sagen, dass auch ich nur in wenigen Fällen wirklich helfen konnte. Das damalige Versprechen hochrangiger Landes- und Bundespolitiker, den Flutopfern unbürokratisch und schnell zu helfen, wird in diesen Fällen leider nicht eingehalten.

Zu Beginn der Flutkatastrophe wurden die Anträge schneller bearbeitet. Im Verlauf der Zeit wurden Gutachten einer weiteren Qualitätsüberprüfung unterzogen. Diese Überprüfung sieht vor, dass ein zweiter Gutachter über das Erstgutachten schaut. In der Regel dauert dies – auch aufgrund von Kapazitätsgründen – sehr lange.

Gutachter wurden über die ISB-Infopoints in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium hier in der Region als Ansprechpartner zur Verfügung gestellt. Leider wurden in der Vergangenheit vereinzelte Gutachten erstellt, die viel zu hoch waren. Die später unter dem Deckmantel der Qualitätsüberprüfung eingeführte Zweitbegutachtung erweckt, so hört man immer wieder von Betroffenen, den Eindruck, als gäbe es den Generalverdacht einer Bereicherungsabsicht.

Nach meinem Verständnis müssen an die Gutachter klare Vorgaben und Vorlagen kommuniziert werden. Daran müssten sich die Gutachter, die alle im Übrigen eidesstattlich bestellt sind, orientieren und ihre Gutachten entsprechend erstellen. Eine solche Vereinheitlichung würde die Sachbearbeitung bei der ISB vereinfachen und dadurch beschleunigen, ähnlich einem Formblatt bei einer Antragsstellung.

Weiter wurde mir mitgeteilt, dass es nicht selten nach der Qualitätsüberprüfung vorkommt, dass mehrere Gutachten erstellt werden müssen und man deswegen im eigentlichen Antrag nicht weiterkommt. Dabei führen die Kosten für jedes einzelne Gutachten wiederum zu Kostenerhöhungen im Antragsverfahren.

Ich bemängle zudem, dass in einem Schreiben des Finanzministeriums Rheinland-Pfalz im September 2024 eine Kommunikationsoffensive angekündigt wurde. Demnach sollten bei Problemfällen feste Sachbearbeiter den Anträgen zugewiesen werden und diese in direkte

Kommunikation mit den Betroffenen eintreten. Diese vollmundig angekündigte Umsetzung konnte ich allerdings bisher nur bedingt feststellen. Versucht man die Hotline der ISB telefonisch zu erreichen, gelangt man bis zu einer Sprachansage, die auf die Online-Antragsstellung verweist.

Es muss jetzt, vier Jahre nach der Katastrophe und anhand einer Evaluation der bisherigen Anträge, endlich möglich sein, die verbliebenen komplexen Fälle zügig und unbürokratisch abzuschließen. Die Politik muss ihre 2021 gegebenen Versprechen endlich einlösen und Taten folgen lassen.

Als Bürgermeister der Verbandsgemeinde Altenahr stehe ich an der Seite der Betroffenen und hoffe, dass die heute von Flutbetroffenen initiierte Pressekonferenz den nötigen öffentlichen Druck erzeugt, damit endlich Bewegung in diese Verfahren kommt. Für mich ist es nicht akzeptabel, dass Flutbetroffene im Ahrtal durch bürokratische Hürden bis in die Verzweiflung getrieben werden."